

IN KÜRZE

Fagan erhält 750 000 Dollar Honorar aus Bankenvergleich

NEW YORK – Ed Fagan erhält 750 000 Dollar Honorar und 222 000 Dollar Spesen aus dem Vergleich der jüdischen Sammelkläger in den USA mit den Schweizer Grossbanken. Dies entschied der New Yorker Richter Edward Korman. Fünf Holocaust-Überlebenden hat Korman überdies insgesamt 400 000 Dollar zugesprochen.

Das Seilziehen um das Honorar aus dem Schweizer Grossbankenvergleich für den umstrittenen New Yorker Rechtsanwalt Fagan ist in diesen Tagen beendet worden, wie Gerichtsdokumente zeigen, die in New York zugänglich sind. Fagan hatte ursprünglich über vier Millionen Dollar verlangt. Demgegenüber wollte ihm ein vom New Yorker Rechtsprofessor Burt Neuborne ausgearbeiteter Verteilungsplan lediglich 350 000 Dollar zugestehen. In einer Eingabe ans Gericht kam Neuborne Anfang November nun aber zum Schluss, dass Fagan auf Grund seiner Arbeitsleistung ein Honorar von rund 1,15 Millionen zustehen würde. Davon solle Fagan aber nur 750 000 Dollar erhalten, die restlichen 400 000 Dollar seien an fünf im Zusammenhang mit den Klagen besonders engagierte Holocaustopfer auszubehalten. In einem Brief an Richter Korman von Ende November stimmte Fagan, der selber in finanziellen Schwierigkeiten steckt, diesem Plan zu. Er werde den Entscheid des Richters nicht anfechten, schreibt Fagan.

Europäische Zentralbank senkt Konjunkturerwartungen

FRANKFURT – Die Konjunkturaussichten für den Euro-Raum haben sich wegen des schwachen Wachstums der Weltwirtschaft, der Börsenturbulenzen und der Irak-Krise laut Europäischer Zentralbank deutlich eingetrübt. Die Währungshüter verringerten in ihrer am Donnerstag in Frankfurt am Main veröffentlichten Projektion ihre Erwartungen gegenüber dem Juni deutlich. Zugleich bedauerte EZB-Präsident Wim Duisenberg in einem Interview, dass Deutschland nicht mehr die Konjunkturlokomotive Europas sei.

Für dieses Jahr rechnet die EZB nur noch mit einem Wachstum im Euro-Raum von 0,6 bis 1,0 Prozent. Im Sommer waren 0,9 bis 1,5 Prozent erwartet worden. Im nächsten Jahr soll das Bruttoinlandsprodukt um 1,1 bis 2,1 Prozent zulegen. Zunächst waren die Währungshüter noch von einem Plus von 2,1 bis 3,1 Prozent ausgegangen. «Dieses enttäuschende Bild spiegelt vor allem die anhaltend hohe Unsicherheit wider», erklärten die Experten.

Weitere Zunahme der Konkurse in der Schweiz

ST. GALLEN – Die Zahl der Konkurse hat im November in der Schweiz weiter zugenommen. Sie stieg gemäss dem Schweizerischen Verband Creditreform im Vorjahresvergleich um zehn Prozent auf 836. Die Firmenkonkurse stiegen um 17,5 Prozent, die Privatkonkurse um vier Prozent. Von Januar bis November liegt die Zahl der Konkurse mit 8125 um 6,3 Prozent über jener des Vorjahres.

Schweizer Hotellerie erlebt erneut Sommerbaisse

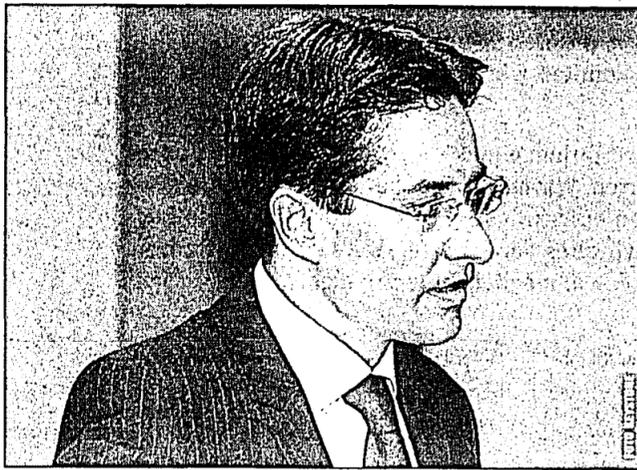
NEUENBURG – Erneut eine schwache Sommersaison für die Schweizer Hotellerie: Die Zahl der Übernachtungen ist von Mai bis Oktober um 4,9 Prozent auf 17,7 Millionen gesunken. Bereits die Sommersaison 2001 hätte mit rückläufigen Zahlen geschlossen. Die Ergebnisse liegen um 3,5 Prozent unter dem Mittel der letzten zehn untersuchten Sommerhalbjahre und um 3,6 Prozent unter jenem der letzten fünf Sommerhalbjahre. Dies teilte das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag mit.

Schweiz und EU bleiben hart

Nach Null-Entscheid sind Positionen bei Zinsbesteuerung festgefahren

BERN – Die Verhandlungen der Schweiz mit der EU über eine einheitliche Zinsbesteuerung sind nach dem geplatzen Treffen der EU-Finanzminister vom Mittwoch festgefahren. Beide Seiten wollen an ihren Angeboten nicht rütteln.

Die Schweiz teile nach wie vor das Anliegen der EU nach einer angemessenen Besteuerung von Zinserträgen, schreibt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) am Donnerstag in einem Communiqué. Man nehme zur Kenntnis, dass der EU-Finanzministerrat den Entscheid zur Zinsbesteuerung am Mittwochabend auf den 21. Januar 2003 verschoben habe. Das Angebot der Schweiz werde unverändert aufrecht erhalten. Gemäss dem Vorschlag würde aus Sicht des EFD das EU-Zinsbesteuerungsproblem «effizient und fair» gelöst. Die Schweiz würde mit der von ihr vorgeschlagenen Quellensteuer sicherstellen, dass ein Steuerrückbehalt von bis zu 35 Prozent auf sämtlichen Zinserträgen von EU-Ansässigen automatisch in die Kassen der Mitgliedstaaten fliessen,



Fordert mehr Druck auf die Schweiz: Österreichs Finanzminister Grasser.

schreibt das EFD. Nach bisherigen Kenntnissen habe kein anderes Drittland ein ähnlich substanzielles Angebot gemacht. Weiterhin lehne die Schweiz den automatischen Informationsaustausch und andere Informationssysteme ab, die über die Schweizer Rechtsordnung hinausgingen.

Auch die EU-Kommission will an ihren Abmachungen mit der

Schweiz im Grundsatz festhalten. Es sei aber nicht zu erwarten, dass bis zum nächsten Finanzministerrat ein automatischer Informationsaustausch über die Schweizer Konten von EU-Bürgern vereinbart werde, sagte ein Sprecher von EU-Kommissar Frits Bolkestein am Donnerstag in Brüssel. Weil die Schweiz ihr Bankgeheimnis nicht in dieser Form lüften will, hatten

Österreich und Luxemburg einen EU-weiten Austausch von Informationen über Zinseinkünfte am Vorabend abgelehnt.

Die Finanzminister der 15 EU-Staaten hatten in einer zwölfstündigen Sondersitzung keine gemeinsamen Schritte gegen Steuerflucht beschlossen, obwohl sie bis zum Jahresende eine Lösung finden wollten. Sie einigten sich nach Angaben des dänischen Ratsvorsitzes lediglich auf das grundsätzliche Ziel, künftig Informationen über Zinseinkünfte auszutauschen.

Der österreichische Finanzminister Karl-Heinz Grasser forderte mehr Druck auf die Schweiz, damit für dortige Bankkunden die gleichen Regeln gälten. Zudem lägen von Liechtenstein, Monaco, San Marino und Andorra bisher keine schriftlichen Zusagen vor, monierte Grasser.

Österreich und Luxemburg hatten eine schlechtere Behandlung ihrer Bankkunden strikt ausgeschlossen. Alle EU-Länder seien sich einig, dass die Angebote der Schweiz nicht ausreichen, meinte Grasser.

Keine Erholung des europäischen Auto-Marktes

Im November 6,2 Prozent weniger Zulassungen in Westeuropa als 2001

BRÜSSEL – Für die Automobilindustrie zeichnet sich weiterhin keine Erholung des europäischen Marktes ab. Im November lag die Zahl der Neuzulassungen von Personenzugmaschinen in Westeuropa um 6,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Dies teilte die in Brüssel ansässige Vereinigung der Automobilhersteller (ACEA) am Donnerstag mit. Zu den grössten Verlierern gehörten Fiat und BMW. In den ersten elf Monaten 2002 ging die Zahl der Neuzulassungen um 3,8 Prozent

auf 13,4 Mio. zurück. Branchenexperten gehen davon aus, dass der durch die Konjunkturlaute und die gedämpfte Konsumentenstimmung belastete Sektor auch im kommenden Jahr Absatzeinbußen hinnehmen muss. Die rückläufigen November-Zahlen seien enttäuschend, nachdem es in den vorangegangenen beiden Monaten leichte Verkaufszuwächse gegeben habe. An den europäischen Börsen drückten Auto-Titel die Kurse deutlich.

Deutsche-Bank-Analyst Christian Breitsprecher erwartet nach

eigenen Angaben für das laufende Jahr einen Rückgang des Auto-Absatzes in Europa um 3 bis 4 Prozent. Die Autohersteller können dabei nach Expertenschätzung auf keine baldige Trendwende des gesamtkonjunkturellen Umfelds hoffen.

Fiat und BMW mit deutlichen Rückgängen

Von der anhaltenden Branchenschwäche am härtesten getroffen wurde im vergangenen Monat der angeschlagene Turiner Autohersteller Fiat. Die Auto-Verkäufe des

hoch verschuldeten Unternehmens gingen in Westeuropa um 21,7 Prozent zurück. Der Marktanteil schrumpfte auf 7,7 (November 2001: 9,3) Prozent.

Der rückläufige Trend erfasste auch die grossen deutschen Produzenten. Der BMW-Konzern büsste im November bei den Neuzulassungen 9,6 Prozent ein und verringerte seinen Marktanteil auf 4,2 (4,4) Prozent. Analysten verwiesen auf einen schleppenden Absatz der wichtigen 5-er-Reihe vor der Markteinführung einer neuen Version im kommenden Jahr.

Berlusconi will Fiat in Italien halten

Entscheidende Verwaltungsratssitzung heute Freitag

ROM – Die italienische Regierung prüft nach den Worten von Ministerpräsident Silvio Berlusconi Schritte, um ein Abwandern des angeschlagenen Autoherstellers Fiat ins Ausland zu verhindern.

«Die Regierung beschäftigt sich stark mit dem, was heute bei Fiat vor sich geht. Sie erwägt die Möglichkeit, notfalls zu intervenieren, um sicherzustellen, dass so ein wichtiges Unternehmen in Italien bleibt», sagte Berlusconi am Donnerstag vor Journalisten am Rande des EU-Gipfels in Kopenhagen.

«Die Autoproduktion muss in Italien bleiben», ergänzte der Ministerpräsident. Er wolle für die Sicherung von Arbeitsplätzen sorgen.

Berlusconi dementierte Spannungen mit dem Hauptaktionär des Konzerns, der Unternehmerfamilie Agnelli, nachdem er vergangene Woche das Management für die schwere Krise der Autogruppe verantwortlich gemacht hatte. «Ich habe niemanden kritisiert, sondern nur die Lage geschildert. Nach dem

Abkommen mit dem Partner General Motors vor zwei Jahren hat Fiat in einer Phase weniger investiert, in



Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi will eine Abwanderung ins Ausland verhindern.

der die Autobranche stark auf technologische Innovation setzte und der globale Markt rückgängig war», sagte Berlusconi.

Neue Führungscrew

Fiat fiebert inzwischen der am Freitag geplanten Verwaltungsratssitzung entgegen, bei der ein Nachfolger des am Mittwoch zurückgetretenen Geschäftsführers der Autosparte, Gabriele Galateri, ernannt werden muss. Während die Gläubigerbanken und der Chef der italienischen Zentralbank, Antonio Fazio, strikt gegen einen Personalwechsel sind, wollen Umberto Agnelli, die Investmentbank Mediobanca und die italienische Regierung das Top-Management des verschuldeten Unternehmens mit einem Schlag austauschen. Medienberichten zufolge könnte am Freitag fast der gesamte Verwaltungsrat des Auto-Konzerns zurücktreten. «Es bahnt sich ein Frontalzusammenstoss an», kommentierten italienische Zeitungen.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 12. Dezember 2002

Kategorie A (thesaurierend)	
Ausgabepreis:	€ 44.37
Rücknahmepreis:	€ 43.50
Kategorie B (ausschüttend)	
Ausgabepreis:	€ 42.57
Rücknahmepreis:	€ 41.74

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

ANZEIGE

Fiscalinvest-Anlagestiftung	
Preise vom 11.12.2002, 12.00Uhr	
Fiscalinvest 12	216.20
Fiscalinvest 25	256.75
Fiscalinvest 40	183.00
Fiscalinvest 50	157.53
Freizügigkeits-Anlagestiftung	
Preise vom 11.12.2002, 12.00Uhr	
Freizügigkeit 12	1455.15
Freizügigkeit 25	1477.33
Freizügigkeit 40	928.63
Freizügigkeit 50	802.68

www.ubs.com/fiscalinvest
www.ubs.com/freizuegigkeit
Teletextseite 629 / Roll-Seite 6

